

Sprechen über Kernenergie – wie wir darüber reden und was uns dabei bewegt.

Dr. Gerald Mackenthun
Psychologischer
Psychotherapeut
und Autor,
Magdeburg

Nicola Brüning
(Moderation)
Mitglied der Berliner
Parlamentsredaktion
des Nachrichten-
magazins Focus

**Prof. Dr. Hans
Mathias Kepplinger**
Geschäftsführender
Leiter des Instituts
für Publizistik an der
Johannes-Gutenberg-
Universität Mainz

Prof. Dr. Ortwin Renn
Inhaber des Lehr-
stuhls für Umwelt-
und Techniksoziologie
an der Universität
Stuttgart

Sobald hierzulande über Kernenergie debattiert wird, beherrschen Emotionen und Ideologien die Auseinandersetzung. Welche Erfahrungen, Denkmuster und Befindlichkeiten bestimmen die Diskussion? Drei Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen analysieren im Gespräch mit der Journalistin Nicola Brüning die typisch deutsche Kernkraftdebatte.

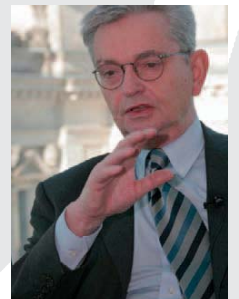
Brüning: Weltklimabericht, Energie- und G8-Gipfel, Klimakonferenz auf Bali: Spätestens seit 2007 denkt die Welt intensiv darüber nach, wie sich Klimaschutz und Energiesicherheit in Einklang bringen lassen. Während rund um den Globus neue Kernkraftwerke gebaut werden, steckt Deutschland noch immer mitten in einer aufgeregten Debatte um die Laufzeitverlängerung. Wie ist das zu erklären?

Kepplinger: Meinungsumfragen zeigen, dass mittlerweile auch die Deutschen eine durchaus pragmatische Haltung gegenüber der Kernkraft entwickeln, das gilt insbesondere für die jüngere Generation. Es gibt nicht mehr diese ideologische Überfrachtung der Debatte; angesichts der bedrohlichen Klimaentwicklung können sich offensichtlich viele Menschen mit verlängerten Laufzeiten arrangieren. Manch politischem Akteur, der im Atomausstieg eine zentrale Errungenschaft sieht, mag diese Entwicklung nicht behagen. Schließlich ist das Thema Kernenergie noch immer ein Machtfaktor in der parteipolitischen Auseinandersetzung, zumal in einer Großen Koalition. Wir beobachten daher, dass in Deutschland die Debatte um Kernkraft immer wieder populistisch aufgeladen und bewusst an Ängste und Emotionen appelliert wird.

Brüning: Wofür wir Deutschen offensichtlich besonders empfänglich sind. Warum gehen wir eigentlich nicht so gelassen mit dem Thema um wie viele unserer europäischen Nachbarn?

Mackenthun: Um das zu verstehen, müssen wir einen Blick zurück in unsere Geschichte tun. Aus historischen Gründen wird die friedliche Nutzung der Kernenergie bei uns eng mit den

Der Kommunikationsforscher Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger hat den Diskurs zu Großtechnologien wie der Kernenergie in zahlreichen Studien untersucht.



„Durch die fragwürdige Interpretation wissenschaftlicher Ergebnisse wird von interessierter Seite bewusst Verunsicherung geschürt.“

Bildern der Atombombenabwürfe über Japan 1945 verknüpft. Wir Deutsche waren es, die den Zweiten Weltkrieg vom Zaun brachen, in dessen Verlauf die Bomben über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden.

Kepplinger: In Ländern wie Amerika, England oder Frankreich ist eine Mehrheit der Bevölkerung für Kernwaffen. In Deutschland war das aus besagten Gründen nie ein Thema. Und diese Ablehnung der atomaren Bewaffnung wurde zu einer Ablehnung der Kernenergie. Nicht umsonst heißt es bei uns „Atom“-Kraft oder „Atom“-Energie. Dieser Kampf hat das Selbstverständnis einer ganzen Generation geprägt. Einer Generation, die dann übrigens zu großen Teilen ihre politische Heimat bei den Grünen gefunden hat.

Mackenthun: An den Grünen lässt sich ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Deutschland und den genannten Staaten festmachen. In keinem dieser Länder gibt es eine vergleichbare Bewegung. Aber bei uns sind die Grünen seit über 20 Jahren eine politische Kraft. Die Gegner der Kernenergie konnten sich daher bei uns wesentlich wirksamer Gehör verschaffen als beispielsweise in Frankreich oder England.

Und noch ein weiterer Punkt hat das Verhältnis der Bundesbürger zur Kernenergie geprägt: Deutschland hat Ende der 60er Jahre einen Wertewandel vollzogen. Im Zuge von Studentenbewegung und außerparlamentarischer Opposition wurden materialistische Werte wie stetige Wohlstandsmehrung von einer postmaterialistischen Grundhaltung abgelöst, bei der es vor allem um Selbstverwirklichung und Lebensqualität ging. Großtechnologien wie die Kernkraft haben damit zunehmend einen schweren Stand bekommen in Deutschland.

Renn: In der Tat kam der Bruch in den 60er Jahren. Bis dahin waren die Deutschen der Kernenergie gegenüber durchaus positiv eingestellt, wie ich selbst miterlebt habe. Damals habe ich in Jülich gelebt, dem Ort, an dem heute das Kernforschungszentrum steht. Dieser Ort hat sich ausdrücklich für das Projekt beworben – alle Bürger standen hinter der Ausschreibung. Kern-

energie stand für etwas Neues, Innovatives. Erst Ende der 60er Jahre fing diese Unterstützung an zu bröckeln. Heute steht die Kernenergie vor einer semantischen Herausforderung. Denn im politischen Diskurs zeichnen die Gegner der Kernenergie gerne das Bild einer „Technologie von gestern“, der allenfalls noch eine Übergangsfrist, aber nicht mehr die Zukunft gehört, während die Erneuerbaren Energien als die innovative Vision dargestellt werden.

Brüning: Welche Rolle spielen die Medien bei dieser Entwicklung?

Kepplinger: Eine zentrale. Im internationalen Vergleich haben wir in Deutschland eine atypische Situation. Es gibt kein Land auf der Welt mit soviel Konkurrenz zwischen den Medienunternehmen wie in Deutschland. Nirgends gibt es so viele Tageszeitungen, so viele Wochenblätter, so viele Rundfunkanstalten. Kein anderes Land hat so viele Fernsehkanäle, die auch mit dem Anspruch auftreten, Information zu liefern. Das heißt, wir haben einen extrem wettbewerbsorientierten Markt in Deutschland, der noch dazu sehr stark regional differenziert ist. Nehmen Sie das Beispiel Frankreich, dort geht alles durch den Flaschenhals Paris. In Deutschland dagegen konkurrieren Medienstandorte wie Berlin, München, Frankfurt und Hamburg miteinander. Mit der Konsequenz, dass bei uns der mediale Wettbewerb selbst kleine Vorfälle sehr schnell zu einem großen Konflikt werden lässt. Auf diese Weise produziert Deutschland ungefähr 30 bis 50 Skandale im Jahr – nicht einmal Italien bringt es auf eine derartige Skandalaldichte.

Renn: Diese Strukturen führen außerdem zu einer starken Pluralisierung in Deutschland. Zu jeder Behauptung gibt es mindestens sieben Gegenbehauptungen, die allesamt in der Presse nachzulesen sind. Die Folge ist eine permanente Irritation der Öffentlichkeit.

Mackenthun: Hinzu kommt, dass der Umschlag der Nachrichten sich enorm beschleunigt hat. Heute besteht der Anspruch, dass innerhalb von Stunden alle Informationen auf den Tisch müssen.

Die Erforschung von Risiken sowie der Natur- und Sozialverträglichkeit großtechnischer Anlagen zählen zu den Schwerpunkten von Prof. Dr. Ortwin Renn.



„Als vermeintliche Technologie ‚von gestern‘ steht die Kernenergie vor einer semantischen Herausforderung.“

Brüning: Wollen Sie damit sagen, dass so mancher vermeintlicher Zwischenfall in einem Kernkraftwerk eher ein „Medienunfall“ ist?

Kepplinger: Tatsache ist, dass durch den enormen Wettbewerb der Medien die Hysterie oftmals erst richtig geschürt wird. Das hat übrigens auch mit dem Selbstverständnis deutscher Journalisten zu tun. Ein Beispiel: Laut einer Umfrage unter Tageszeitungsredakteuren sind etwa 80 Prozent der Journalisten der Ansicht, dass die Übertreibung von Gefahr zulässig ist, wenn das der Schadensabwehr dient. Gleichzeitig lehnen diese Redakteure aber jegliche moralische Verantwortung für etwaige

negative Folgen dieser bewussten Skandalisierung ab. Das ist ein typisches Setting im deutschen Journalismus.

Brüning: Nun ist es aber sicherlich nicht allein den Medien anzulasten, dass die Kernenergie in Deutschland so kritisch diskutiert wird. Liegt der Grund nicht vielleicht auch darin, dass die Deutschen Großtechnologien wie der Kernenergie grundsätzlich skeptisch gegenüber stehen?

Kepplinger: Die Deutschen sind nicht grundsätzlich technikfeindlich, auch nicht forschungsfeindlich. Wenn es um Handys, MP3-Player oder neue Autos geht, sind die Deutschen geradezu technikverliebt. Diese Abwehrhaltung beobachten wir ausschließlich bei solchen Techniken, die die Menschen nicht aus eigener alltäglicher Erfahrung, sondern allenfalls über die Medien kennen: Gentechnik, Teile der Pharmaindustrie, Kernkraft...

Renn: ... eben Großtechnologien, die von einer Elite, der man ohnehin nicht mehr traut, gepusht werden. Einer gesellschaftlichen Gruppe, der die Deutschen übrigens gerne unterstellen, sie wolle damit eh nur finstere Dinge tun oder Profit daraus schlagen.

Brüning: Verstehe ich Sie richtig: Diese Vorbehalten gegenüber Großtechnologien rühren auch von unserem gespaltenen Verhältnis zum Thema Eliten her?

Kepplinger: Mit Sicherheit. Die Geringschätzung, ja massive Kritik an den Eliten, die nun einmal in unserer Geschichte und dem bereits diskutierten Wertewandel Ende der 60er Jahre begründet ist, hat Deutschland nachhaltig geprägt – aber eben auch gehemmt. Wir wollten von diesen Eliten nichts mehr hören und haben uns im Grunde ganz klein gemacht.

Nehmen Sie das Beispiel Tschernobyl. In Deutschland war die Belastung – von einem kleinen Gebiet in Bayern abgesehen – ähnlich wie in Frankreich. Bei uns war aber die Bevölkerung total verängstigt, in Frankreich überhaupt nicht. Warum? Weil es dort eine glaubhafte technisch-wissenschaftliche Elite gibt, die die Menschen beruhigt hat – und Journalisten, die ihre Sichtweisen neutral vermittelt haben. Bei uns hat dagegen der Zweifel an fachkundigen Sprechern, der hierzulande über Jahrzehnte geradezu kultiviert wurde, dazu geführt, dass in Krisensituationen niemand da ist, dem die Mehrheit vertraut. Auch das ist ein Grund dafür, dass sich dieses Land so schwer tut, ein Thema wie die Kernkraft sachlich und vernünftig in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Brüning: Das würde auch erklären, warum wir Deutschen generell dazu neigen, eher die Risiken als die Chancen zu sehen...

Renn: Ganz genau. Denn wenn man Dritten nicht vertraut, dann ist man naturgemäß nicht bereit, Risiken zu akzeptieren. Das ist menschlich nachvollziehbar. Aber wenn ich einer Instanz vertraue, bin ich eher zu einer rationalen Kosten-Nutzen-Analyse bereit.



Mackenthun: Stichwort Risikopsychologie: Dinge, die uns nah und alltäglich sind, deren Gefahren unterschätzen wir häufig. Denken Sie nur ans Autofahren. Da kommen jährlich Tausende bei Unfällen ums Leben und trotzdem schätzt jeder von uns seine eigenen Fahrkünste als hervorragend ein. Wir alle beteiligen uns am Straßenverkehr. Aber keiner von uns ist an der Stromerzeugung durch Kernenergie beteiligt. Das ist ein Unterschied.

Keppinger: Und wenn ich das noch ergänzen darf: Es gibt erwiesenermaßen ein Asymmetrie zwischen Nutzenshoffnung und Schadensaversion. Soll heißen, der Mensch ist eher bestrebt, Schaden abzuwenden als Gewinn zu machen. Folglich haben die, die warnend auftreten, immer die größere Überzeugungskraft. Hinzu kommt: Je geringer der Lebensstandard, desto höher ist die Bereitschaft, Risiken in Kauf zu nehmen, um diese Situation zu verändern. Deshalb waren die Deutschen während der Zeit des Wiederaufbaus in den 50er Jahren bereit, überall Kraftwerke und Chemieanlagen zu akzeptieren, auch wenn die damals natürlich noch nicht den heutigen Umweltsstandards entsprachen. Je höher der Lebensstandard, desto intoleranter werde wir gegenüber neuen Risiken – so gering sie auch sein mögen.

Brüning: Liegt es nicht einfach auch in der Natur des Menschen, seine Stimme eher gegen etwas zu erheben als dafür?

Renn: Die Erfahrung zeigt: Mobilisieren lassen sich Menschen in der Tat immer dort, wo ihr Engagement etwas ganz Furchtbares verhindern – oder aber etwas ganz Tolles bringen kann. Wenn ich aber etwas aus nüchternen, rationalen Erwägungen



Dr. Gerald Mackenthun hat sich intensiv mit dem Verhältnis von emotionaler Angststehung und rationaler Risikoabwägung beschäftigt.



akzeptiere („Der Nutzen überwiegt die Risiken, also bin ich dafür“), gehe ich in der Regel nicht auf die Straße.

Mackenthun: Allerdings ist bemerkenswert, dass bereits ein geringer Grad der Mobilisierung ausreicht, um sich in den Medien Gehör zu verschaffen. Egal ob es sich um eine Bahntrasse, Autobahn oder ein Kernkraftwerk handelt: Es reichen fünf, sechs Prozent der Bevölkerung aus, die sich organisieren und die ihren Protest gegen ein bestimmtes Vorhaben lautstark artikulieren. Und genau auf diese fünf Prozent stürzen sich dann die Medien, obwohl die schweigende Mehrheit neutral oder sogar positiv eingestellt ist. Nur selten werden in der Pressebeurteilung Pro und Contra sorgfältig gegeneinander abgewogen, im Fokus stehen in der Regel erst einmal die Gegner. Auch diese medialen Mechanismen, deren Ursachen wir ja eben schon beleuchtet haben, führen dazu, dass in Deutschland meistens die Kritik den Vorrang hat.

Keppinger: Ohnehin konzentriert sich unsere Medienwelt gerne auf den Einzelfall. Und Protestgruppen, egal welcher Couleur, werden im Kontrast zu Unternehmen, gegen die sich ihr Widerstand ja zumeist richtet, als Einzelne wahrgenommen. Das

Singuläre ist immer plastischer. Dagegen lässt sich die Norm, lassen sich abstrakte Zahlen nur schlecht bebildern. Das Einzelschicksal, beispielsweise ein krankes Kind, das ist ein Symbol und bleibt im Gedächtnis haften. Selbst wenn es sich nur um einen Einzelfall unter Zehntausenden handelt. Auch dieses Phänomen verhilft Protestbewegungen häufig zu einem Vorteil gegenüber jenen, die wissenschaftlich-technisch argumentieren.

Hinzu kommt, dass unser deutsches Rechtssystem im Gegensatz zu dem vieler anderer Länder so beschaffen ist, dass es dem Bürger zahlreiche Veto-Möglichkeiten eröffnet. Das kann dazu führen, dass kleine Gruppen häufig über viele Instanzen und Jahre hinweg Projekte blockieren, die eigentlich im Interesse einer großen Mehrheit sind. Meiner Auffassung nach instrumentalisieren sie damit das geltende Recht.

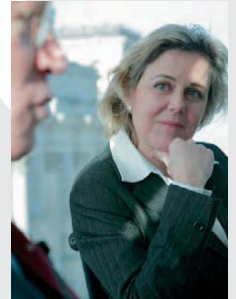
Brüning: Deutschland erlebt ja derzeit ein Wiedererstarken der Protest-Bewegungen, Bürgerentscheide scheinen en vogue. Nach der Kernenergie stehen dabei neuerdings Kohlekraftwerke im Kreuzfeuer der Kritik. Werden hier möglicherweise unbequeme politische Entscheidungen in bürgerliche Verantwortung zurückdelegiert?

Mackenthun: Deutschland hat ein emanzipiertes Bürgertum, wir lassen uns nicht so ohne weiteres dirigieren, sondern wollen mitreden. Dagegen ist meiner Meinung nach auch gar nichts einzuwenden. Nur offenbart sich dabei oft eine gewisse Schizophrenie. Nehmen Sie das Beispiel Flughafenausbau: Die Menschen wollen heute alle möglichst häufig und möglichst weit weg fliegen zu ganz exotischen Reisezielen. Dazu brauchen wir natürlich ausreichend Kapazitäten auf unseren Flughäfen. Aber wenn es darum geht, die Startbahn vor der eigenen Haustür zu erweitern, machen dieselben Bürger nach dem Motto „Not in my Backyard“ plötzlich Front gegen einen solchen Flughafenausbau.

Renn: Ein Erstarken der Zivilgesellschaft können wir in fast allen Industrieländern beobachten. Neben den klassischen politischen Akteuren tauchen immer häufiger NGOs, also Nichtregierungs-Organisationen auf der Bildfläche auf, die derartige Autonomie-Bestrebungen in die regionalen und lokalen Ebenen hinein tragen. Dabei beobachten wir so etwas wie ein „vagabundierendes Protestpotenzial.“ Das sind sozusagen Berufsprotestler, die – lassen Sie es mich einmal überspitzt formulieren – überall dort auftauchen, wo es knallt und kracht. Dabei handelt es sich in der Regel um kleine, aber sehr handlungsbereite Gruppen, die es geschickt verstehen, sich in Szene zu setzen.

Keppinger: Zu dieser Theorie, dass sich der lokale Widerstand in erheblichem Maße aus externen Quellen speist, würden auch die folgenden Erkenntnisse passen: Aus Umfragen wissen wir, dass die Menschen in der unmittelbaren Nachbarschaft von Großunternehmen, die mit diesen Firmen groß geworden sind und vielleicht von ihnen profitieren, häufig weniger Ängste und Vorbehalte gegenüber dem Unternehmen haben als die Bevölke-

Als Politikjournalistin befasst sich Nicola Brüning regelmäßig publizistisch mit der öffentlichen Debatte rund das Thema Kernenergie.



rung im Rest der Republik. So hat beispielsweise eine Befragung am Standort Biblis gezeigt, dass die Leute in unmittelbarer Umgebung des Kernkraftwerks damit gut leben können; sie haben sogar für den Erhalt des Reaktors demonstriert.

Brüning: Was wir bereits bei der Kernenergie erlebt haben, können wir jetzt auch beim Widerstand gegen Kohlekraftwerke beobachten: Mediziner setzen sich zunehmend an die Spitze des Protestes.

Mackenthun: Nach wie vor steht der Berufsstand der Ärzte ganz oben auf der Glaubwürdigkeitsskala. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass ein Teil der Ärzteschaft seine Reputation offensichtlich gezielt einsetzt, um in der Bevölkerung Ängste zu schüren, die sicherlich nicht angemessen sind.

Keppinger: Zu dieser Verunsicherung trägt im Übrigen auch die manchmal fragwürdige Interpretation wissenschaftlicher Untersuchungsergebnisse bei, wie wir sie beispielsweise im Zusammenhang mit der Ende 2007 veröffentlichten Mainzer Kinderkrebsstudie erlebt haben. Obwohl die Studie statistisch signifikante Ergebnisse hervor gebracht hat, sagt das noch nichts über kausale Zusammenhänge aus. Das hat selbst der Bundesumweltminister betont. Und selbst wenn die Kausalität erwiesen wäre, würde das alleine noch nichts über die Größe der Gefahr aussagen. Trotzdem gab es von interessierter Seite den Versuch, die Studienergebnisse zu vereinnahmen und in eine bestimmte Richtung zu interpretieren. Die meisten Medien haben dieses populistische Manöver allerdings schnell erkannt und auch offen gelegt.

Renn: In der Presse können wir tatsächlich eine gewisse Müdigkeit gegenüber derartigen Übertreibungen beobachten. Offenbar reflektieren Journalisten zunehmend dieses Spiel mit der Angst, so dass Deutschland in Zukunft vielleicht doch noch zu einer sachlichen Debatte um die Kernenergie zurückfindet.

„Statt Pro und Contra gegeneinander abzuwägen, hat bei uns in Deutschland meistens die Kritik den Vorrang.“